

KRISE DES SOZIALISMUS?

1. Befindet sich der Sozialismus in einer Krise? - Die Antwort auf eine solche Frage wird verschieden ausfallen, je nachdem worin der Beantworter das Wesen des Sozialismus sieht. Wer das entscheidende Merkmal des Sozialismus in der formalen Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln erblickt, wie es die Kommunisten zusammen mit vielen Gegnern des Sozialismus tun, muß Sozialismus mit Bolschewismus gleichsetzen und könnte erst dann von einer Krise sprechen, wenn sich der Bolschewismus als ernstlich gefährdet erwiese. Anders derjenige, dem die Vergesellschaftung des Privateigentums nur ein sozialistisches Mittel zur Verwirklichung eines Lebens in Freiheit und Gerechtigkeit ist und dem ein solches Leben mehr gilt als die institutionellen Mittel des sozialistischen Ordnungsbildes. Für ihn ist dieses Bild in seiner klassisch-marxistischen Ausprägung zweifelhaft geworden und einer radikalen Kritik bedürftig. Für ihn besteht daher eine Krise des Sozialismus¹, die nur durch eine wirkungsfähige Neuorientierung überwunden werden kann. Eine solche Neuorientierung verlangt zunächst eine Besinnung auf den ursprünglichen Inhalt der sozialistischen Idee, alsdann eine Überprüfung seiner Bewährung oder Nichtbewährung in der Wirklichkeit.

Der Begriff: Sozialismus

2. Unter Sozialismus faßte man bisher:

I. Die Vorstellung von einer gemeinwirtschaftlich organisierten Gesellschaftsordnung, die aus einer privatwirtschaftlich organisierten, kapitalistischen Ordnung sich entwickeln und ein Höchstmaß von Gerechtigkeit und Freiheit in den zwischenmenschlichen Beziehungen ermöglichen soll.

II. Die hauptsächlich auf das Arbeiterproletariat sich stützende Bewegung, die sich zur Aufgabe gesetzt hat, eine solche Idee zu verwirklichen. Es gehörten also bisher zum Begriff Sozialismus im ersten Sinne des Wortes nicht nur das humanitäre Ziel einer Gesellschaftsordnung, die irgendwie ein Leben in Freiheit und Gerechtigkeit zu verwirklichen sucht, sondern überdies ganz bestimmte Ordnungsmittel, eben die sozialistischen, mit denen dieses Ziel erreicht werden soll.

Das humanitäre Ziel des Sozialismus

3. Bestimmt man den Begriff Sozialismus lediglich aus dem humanitären Ziel, dann wird er so weit, daß er die unterschiedlichsten Ideen und Überlegungen umfaßt. Dann könnte auch der Liberalismus von sich behaupten, eine Art von Sozialismus zu sein; denn in der Zielsetzung sind Sozialismus und Liberalismus einig. Es ließen sich im Ziel höchstens insofern Unterschiede feststellen, als von sozialistischer Seite deutlicher als von liberalistischer erkannt wird, daß der Mensch ein soziales Wesen ist, daß daher zum „Glück“ des Individuums (von asozialen Ausnahmen abgesehen) seine Einordnung in die Gemeinschaft und sein Wirken für die Gemeinschaft gehört. Die Gemeinschaft kann daher Opfer vom einzelnen verlangen, um so mehr dann, wenn die Existenz der Gemeinschaft und damit auch der einzelne gefährdet ist. Solche Ansprüche finden aber dort ihre Grenzen, wo sie auf die Dauer oder ohne Not Recht und Freiheit des einzelnen einschränken, da die menschliche Persönlichkeit sowohl nach liberalistischer wie nach sozialistischer Auffassung einen Eigenwert besitzt, aus dem die Gemeinschaft ihren Sinn bezieht.

1 Vgl. auch H.D. Ortlieb, „Krisis des Kollektivismus oder des Humanismus?“ in Frkf. Hefte 3. Jg. H. 7 (Juli 1948) S. 672 ff.

So besteht nach sozialistischer Auffassung zwischen Individuum und Gemeinschaft eine sinngebende Wechselbeziehung, derart, daß die Gemeinschaft erst durch die Freiheit der Einzelmenschen, und diese wiederum erst durch ihre Eingliederung in die Gemeinschaft ihren Sinn finden können. Darin unterscheidet sich der Sozialismus vom Faschismus, was von liberalistischer Seite häufig verkannt wird. Beim Faschismus (Nationalsozialismus) führte in der Tat die Überbewertung der Gemeinschaft in fortschreitendem Maße zu einer Entwertung des Einzelmenschen.

4. Jener dialektischen Wechselbeziehung zwischen Individuum und Gemeinschaft entspricht eine ähnliche gegenseitige Abhängigkeit zwischen den humanitären Zielbestandteilen: Freiheit und Gerechtigkeit. Beide lassen sich in einer Gesellschaftsordnung nicht ohne Rückwirkung aufeinander realisieren. Jeder einseitige Gerechtigkeitsfanatismus muß zu Einschränkungen der individuellen Freiheit, jede Vergrößerung der Freiheit zu einer Begünstigung von Ungleichheit und Ungerechtigkeit führen. Der sozialistische Traum von einer klassenlosen Gesellschaft als einem paradiesischen Zustande, in dem die Menschen in einer völligen Freiheit und Gleichheit brüderlich nebeneinander leben, hat sich offensichtlich als eine Utopie erwiesen. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich, daß eine sozialistische Gesellschaftsordnung nicht die maximale, sondern nur die *optimale Kombination beider Prinzipien* anstreben kann.²

Die Mittel: Das sozialistische Ordnungsbild

5. Während der Liberalismus glaubt, Freiheit und Gerechtigkeit in den zwischenmenschlichen Beziehungen am besten in einer individualistisch organisierten Wirtschaftsordnung verwirklichen zu können, ist der Sozialismus aus der Enttäuschung am Kapitalismus heraus zunächst in das entgegengesetzte Extrem verfallen. Nach ihm soll in einer einseitig kollektivistisch organisierten Wirtschaft das gleiche Ziel erreicht werden.

Da im Kapitalismus durch das Privateigentum Weniger (Kapitalisten) an dem Arbeitsmittel der Vielen (Proletarier) sowohl Ungerechtigkeiten wie auch individuelle Freiheitseinschränkungen sich ergeben, wird nach sozialistischer Ansicht als Voraussetzung für Freiheit und Gerechtigkeit die Überführung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, sofern sie Arbeitsmittel vieler sind, in das Gemeineigentum angesehen. (Anpassung der Eigentumsverhältnisse an die im Laufe der Geschichte veränderten Produktionsverhältnisse.)

6. Damit soll gleichzeitig an die Stelle der anarchischen kapitalistischen Marktwirtschaft eine sozialistische Planwirtschaft treten. Marx erkannte noch nicht, daß mit einer Planwirtschaft, in der Produktion und Verteilung bis ins einzelne zentral festgelegt werden, ein neues Problem auftaucht, das nicht nur, wie Marx meint, technisch-organisatorischen, sondern durchaus auch politisch-sozialen Charakter hat. Zwar ist nach der „Expropriation der Expropriateure“ bereits die „klassenlose Gesellschaft“ eingeführt, aber nur insofern man „Klasse“ ausschließlich ökonomisch aus den Eigentumsverhältnissen definiert. Es besteht aber beim Sozialismus ähnlich wie unter vorkapitalistischen Verhältnissen die Gefahr, daß sich aus den unterschiedlichen politisch-sozialen Machtstellungen der einzelnen Menschen auch unterschiedliche Möglichkeiten des Machtmißbrauches, etwa durch die politischen und wirtschaftlichen Funktionäre (Manager)³, und daraus wieder nicht ökonomisch, aber politisch bedingte neue Klassenunterschiede ergeben. Das Vorhandensein dieser Gefahr scheint durch die Erfahrungen des bolschewistischen Experimentes bestätigt zu werden.

2 Vgl. dazu auch Eduard Heimann „Freiheit und Ordnung“, Berlin 1950, der im gleichen Sinne vom dialektischen Gleichgewicht zwischen Freiheit und Ordnung spricht.

3 Vgl. in diesem Zusammenhang auch James Burnham, „Das Regime der Manager“, Stuttgart 1948.

Die kommunistische Auffassung

7. Von kommunistischer Seite wurde die Berücksichtigung solcher Überlegungen aus verschiedenen Gründen vernachlässigt⁴, u. a. aus einem heute tragisch anmutenden Angst- und Machtkomplex heraus. Das Scheitern der Zweiten Internationale am ersten Weltkrieg und die sich verhärtende Reaktion in Gestalt kapitalistisch-imperialistischer Gegenmaßnahmen (Antirußlandpolitik der Westmächte nach dem ersten Weltkrieg) und faschistischer Gegenbewegungen schufen und festigten die Überzeugung, daß nur mit diktatorischen Machtmitteln die Verwirklichung des Sozialismus gesichert werden könnte. Das führte auch innenpolitisch und innerparteilich zu einer strikten Ablehnung jeder ernst zu nehmenden Kritik am eigenen Experiment und verstärkte jene angedeutete Gefahr eines politisch-sozialen Machtmißbrauches. Ideologisch blieben die alten Ziele einer auch im individualistischen Sinne freien und gerechten Ordnung bestehen, wurden aber auf die Zeit nach der Weltrevolution, also nach der Beseitigung der Gefahr einer außen- und innenpolitisch drohenden Gegenrevolution, vertagt.

Da auch innerparteilich jede Kritik am sozialistischen Aufbau unterdrückt wurde, mußte sich in Rußland notgedrungen ein Gesellschaftssystem entwickeln, das sich immer weiter von den ursprünglichen sozialistischen Zielvorstellungen entfernte. Eine Verwirklichung dieser alten Zielsetzungen scheint dort heute vor allem aus drei Gründen unmöglich geworden zu sein:

I. Nachdem in mehreren Generationen eine kleine Führungsschicht sich an die Ausübung unumschränkter Gewalt gewöhnt hat, ist nicht anzunehmen, daß diese Schicht jemals freiwillig ihre Machtstellung aufgeben wird.

II. Nachdem in Generationen die breite Masse autoritativ geführt worden ist und keinerlei Gelegenheit gehabt hat, in freiheitlicher Selbstverantwortung zu leben, ist zu befürchten, daß sie gar nicht in der Lage wäre, plötzlich ein demokratisches Gemeinwesen aufzubauen.

III. Da der Führungsschicht alle Machtmittel eines modernen Terrorstaates zu Gebote stehen, ist eine Revolution von unten so gut wie ausgeschlossen.

8. Es ist also fraglich geworden, ob eine „Diktatur des Proletariats“, wenn sie über Generationen andauert, noch als eine Übergangsphase zum Sozialismus angesprochen werden kann. Daß sie sich gewisser sozialistischer Mittel bedient, wie Planwirtschaft und Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, genügt nicht, da sie diese nicht so anwendet, wie es die Verwirklichung des sozialistischen Zieles verlangen würde.

Die sozialistische Idee im freiheitlichen Sozialismus

9. Das Auseinanderklaffen zwischen wirklicher geschichtlicher Entwicklung und der Marxschen Voraussage ließ den marxistischen Sozialisten nur die Alternative: „Entweder wie die Kommunisten die Auffassung über den Weg zu ändern und das, was sich in den Produktionsformen nicht von selbst einstellte, willkürlich zu erzwingen, ganz gleich unter welchen Begleiterscheinungen und mit welchen Nebenerfolgen, oder wie die demokratischen Sozialisten das Bild von der sozialistischen Ordnung selbst zu ändern. Während die Kommunisten die Revision des evolutionären Weges radikal vollzogen, ist die Revision des Ordnungsbildes bei den demokratischen Sozialisten nur allmählich nach Überwindungen großer Hemmungen erfolgt. Verständlicherweise war die Revision

4 Es ist sehr aufschlußreich, diese Gründe im einzelnen zu verfolgen, was hier nur andeutungsweise möglich ist. Vgl. dazu E. Heimann, a.a.O. S. 90 ff., 203 ff. Von der älteren Literatur vor allem: Werner Sombart, „Der proletarische Sozialismus“, Jena 1925 1. Bd. S. 393 ff., 2. Bd. S. 414, und E. Heimann, „Deutscher und russischer Sozialismus“ und „Warum SPD?“ in „Neue Blätter f.d. Sozialismus“ 1931 H. 5 und 12.

ihrer Endzielvorstellungen, auch wenn sie lediglich institutioneller Natur war stärker mit einem Gefühl der Untreue verknüpft, als es bei der Revision des Weges der Fall war. Im Gegenteil war das Einschlagen des voluntaristischen kommunistischen Weges gerade dazu angetan, das Gefühl zu erhöhen, allein das Ziel ernst zu nehmen, allein im Besitz des rechten Glaubens zu sein, obwohl das Marxsche Wort vom 'wissenschaftlichen Sozialismus', auf das sich gerade auch der Kommunismus so gern beruft, es hätte deutlich machen müssen, daß eine Änderung des Weges mindestens ein ebenso starkes Abweichen vom Marxschen Dogma darstellt, wie eine Änderung des Ordnungsbildes selbst.“

So setzte sich bei den demokratischen Sozialisten nur allmählich eine Wandlung des Ordnungsbildes durch. „Obwohl dieser Wandlungsprozeß bereits im Streit um den Revisionismus (Kautsky, Bernstein, David) um die Jahrhundertwende seinen Ausgang nimmt, scheint er erst heute, nach fünfzig Jahren, seinem Ende zuzugehen. Der zeitliche Abstand, zu dem zwangsweise die zwölf Jahre Nationalsozialismus geführt haben, macht es heute erst dem sozialistischen Lager möglich, in ausreichendem Maße auch den inneren Abstand zu dem eigenen früheren Standpunkt und der mit ihm verbundenen Denkweise zu gewinnen.“⁵

10. Die bisherigen Erfahrungen haben gelehrt, daß die Verwirklichung eines freiheitlichen Sozialismus vor allem zwei Voraussetzungen unbedingt beachten muß:

I. Erziehung der Menschen zur Freiheit, Selbstverantwortlichkeit und Selbstdisziplin.

II. Anwendung der sozialistischen Mittel (Planwirtschaft und Gemeineigentum) in einer Weise und in einem Umfang, die Machtmißbräuche so weit wie irgend möglich ausschließen.

Die Einbeziehung der Mittelschichten

11. Aus der Tatsache, daß die Entfaltung des Kapitalismus nicht notwendig zu einer Proletarisierung der Mehrheit der Bevölkerung führt, sondern daß durch ein Anwachsen der Angestellten und Beamten, in den meisten Ländern auch der Kleinbauern, eine rückläufige Bewegung zu Gunsten der Mittelschichten sich durchsetzt, folgt die Alternative: entweder willkürlich, wie in der Sowjetunion, den Proletarisierungsprozeß zu vollenden oder die Basis des Sozialismus über das Arbeiterproletariat hinaus auf die Mittelschichten auszudehnen.⁶ Da ohne „Diktatur des Proletariats“ nur der zweite Weg möglich ist, muß der Sozialismus in der demokratischen Form seinen ursprünglich einseitigen Klassencharakter verlieren. Seine Verwirklichung wird somit davon abhängig, ob es ihm gelingt, die Mittelschichten zu gewinnen. Der Klassenkampf bleibt nach wie vor eine Notwendigkeit, solange eine Schicht vorhanden ist, deren kapitalistische Interessen den sozialistischen Forderungen widersprechen, wenn auch die Formen des Klassenkampfes es nunmehr an die demokratischen Spielregeln gebunden sind.

12. Die Notwendigkeit, die Mittelschichten zu gewinnen, enthält für den freiheitlichen Sozialismus zugleich eine Gefahr und eine Chance. Die Gefahr besteht darin, daß es ihm möglicherweise nicht gelingt, die Mehrheit der Bevölkerung von der Richtigkeit seines gesellschaftlichen Ordnungsbildes zu überzeugen, weil die Interessen der Mehrheit zu verschiedenartig sind. Die Chance besteht darin, daß gerade die Notwendigkeit, die Mehrheit über eine Klasse hinaus zu gewinnen, die Sozialisten dazu zwingt, völlig undogmatisch an das Ordnungsbild heranzugehen, um durch praktische Arbeit am konkreten Einzelproblem zu über-

5 H. D. Ortlieb, „Der Stand der Sozialisierungsdebatte in Deutschland“ in „Schriften des Vereins für Sozialpolitik“, Neue folge Bd. 2, Berlin 1950, S. 229 f.

6 Vgl. E. Heimann, „Sozialismus und Mittelstand“ in „Neue Blätter f.d. Sozialismus“ 1932 H. 7.

zeugen und von dort her eine Wandlung der Gesellschaftsordnung zu bewirken. Das bisherige Versagen des Sozialismus beruht vornehmlich auf einem mehr oder weniger dogmatischen Verharren in Allgemeinheiten. Man hat bisher übersehen, daß das sozialistische Ziel, jene „optimale Kombination von Freiheit und Gleichheit“ in der Gesellschaftsordnung zu verwirklichen, für jeden konkreten Einzelfall gelöst werden muß, wenn es deshalb auch nicht überflüssig wird, die Frage nach den Konturen einer Gesamtordnung aufzuwerfen. Diese Frage zerfällt nach klassisch-marxistischem Vorbild in das Eigentumsproblem und das Problem der Organisation von Produktion und Verteilung.

Planwirtschaft und Eigentum

13. Da wir heute wissen, daß ein Mißbrauch des Privateigentums an den Produktionsmitteln durch staatliche Planwirtschaft ausgeschaltet werden kann, stellt sich die Frage, wie weit eine Überführung des Privateigentums in Gemeineigentum (Sozialisierung im engeren Sinne) überhaupt noch erforderlich ist. Diese Frage gewinnt auch für den Sozialisten deshalb an Bedeutung, weil die Gefahr des Machtmißbrauches sich nicht nur aus der Institution des Privateigentums ergeben kann, sondern die gleiche Gefahr aus einer zentralistischen Planwirtschaft droht, und weil ein Ausweg aus diesem Dilemma in gewissem Umfang durch eine Gewaltenteilung im wirtschaftlichen Sektor zwischen staatliche Wirtschaftslenkung und privater Produktion möglich erscheint. Auf jeden Fall tat das Eigentumsproblem zu Gunsten des Planwirtschaftsproblems in den Hintergrund getreten und kann nur von diesem ausgelöst werden.

Da nicht in allen Wirtschaftszweigen der Großbetrieb eindeutig dem Kleinbetrieb überlegen ist, hat sich der von Marx vorausgesagte Konzentrationsprozeß nicht überall in der Wirtschaft durchgesetzt. Dort, wo die Beibehaltung des Kleinbetriebes nach wie vor ökonomisch zweckmäßig ist, liegt kein Grund vor, die Betriebe zu enteignen. Das gilt heute allenfalls für Handwerk und Kleinbaurtum. Auch in den Mittel- und Großbetrieben ist die Aufrechterhaltung des Privatinteresses und der Privatinitiative der Betriebsleiter aus ökonomischen Gründen erwünscht. So scheint es zweckmäßig, diese auch im sozialistischen System am Produktionserfolg zu beteiligen. Das kann entweder durch Beibehaltung des Privateigentums oder im Falle des Gemeineigentums durch entsprechende Staffelung und Bemessung des Einkommens der Betriebsleiter geschehen. Aus ökonomischen und sozialen Gründen kann auch eine Beteiligung der ganzen Betriebsgemeinschaft am Wirtschaftserfolg erwünscht sein. Beim Problem der Gewinnbeteiligung ist allerdings zu beachten, daß es in einzelnen Wirtschaftszweigen nicht zu einer Einkommensüberhöhung auf Kosten der übrigen Wirtschaftsteilnehmer kommt.

Aus ökonomischen Gründen kann das eindeutige Bestimmungsrecht des Leiters über die wirtschaftliche und technische Gestaltung des einzelnen Betriebes, aus sozialen Gründen ein maßgeblicher Einfluß der Betriebsgemeinschaft auf die Arbeitsverhältnisse im Betriebe erforderlich sein. Aus allen diesen Gründen können im Einzelfall die unterschiedlichsten Eigentums- und Unternehmungsformen zweckmäßig sein: entweder der Privatbetrieb oder der Genossenschaftsbetrieb oder der öffentliche Betrieb, abgesehen davon, daß noch besondere Formen des Gemeineigentums entwickelt werden können, wie sie etwa Harald Koch im Zusammenhang mit dem Hessischen Sozialisierungsgesetz entwirft.⁷ Welche Form im Einzelfalle zu wählen ist, darüber können nur

⁷ „Die Sozialgemeinschaft, Entwurf des Hessischen Sozialisierungsgesetzes mit Begründung und einführenden Beiträgen der Mitarbeiter des Hessischen Wirtschaftsministeriums“, Herausgeg. v. Dr. Harald Koch, Hamburg 1948, und vom gleichen Verfasser „Rechtsformen der Sozialisierung untr besonderer Berücksichtigung der Sozialisierung in Hessen“, Hamburg 1947.

spezielle Erfahrungen und praktische Experimente entscheiden, niemals aber eine dogmatische Voreingenommenheit oder mißverständene sozialistische Prinzipien.

So kann es durchaus sein, daß sich bei manchen Mittelbetrieben die privatwirtschaftliche Eigentumsform auch in Zukunft als zweckmäßig herausstellt. Dagegen ist von sozialistischer Seite in dem Augenblick nichts mehr einzuwenden, als ein solcher Betrieb in das Lenkungssystem einer sozialistischen Planwirtschaft eingebaut ist. Nur wo aus Gründen der zentralen Wirtschaftslenkung sich die Aufrechterhaltung von Privatbetrieben als ungeeignet erweist, was bei Monopolbetrieben und vielleicht bei den meisten Schlüsselindustrien der Fall sein dürfte, bleibt eine Sozialisierung der Betriebe notwendig.

Planwirtschaft als System wirtschaftspolitischer Mittel

14. Auch die Auffassung von der dem Ziel gerecht werdenden Form der sozialistischen Planwirtschaft hat sich weitgehend gewandelt. Da jede Wirtschaftlichkeitsrechnung Preise und Märkte voraussetzt, wird auch eine sozialistische Planwirtschaft mit diesen arbeiten müssen, zumal die Aufrechterhaltung der Konsumfreiheit als eines individuellen Freiheitsrechtes dies verlangt. Eine solche Planwirtschaft wäre daher zutreffender als gelenkte Marktwirtschaft zu bezeichnen.

So ist die sozialistische Planwirtschaft „heute nichts anderes als ein möglichst geschlossenes System aufeinander abgestimmter und auf eine Marktwirtschaft anzuwendender wirtschaftspolitischer Mittel“⁸. Die freiheitlichen Sozialisten neigen heute auch hier „der pragmatistischen Auffassung“ zu, das Ordnungsproblem jeweils durch eine Wirtschaftspolitik zu lösen, die in ihren Mitteln nicht prinzipiell festgelegt ist, sondern diese je nach ihrer Eignung für die Lösung der vorliegenden Aufgaben auswählt. Daß marktkonforme „Mittel der leichten Hand“ dabei nicht immer ausreichen und in gewissen Fällen auch die Eigentumsverhältnisse geändert werden müssen, erscheint ihnen selbstverständlich.

Der neuliberale Einwand der „Unvereinbarkeitslehre“, wonach wegen der Interdependenz aller marktwirtschaftlichen Vorgänge die nicht marktkonformen Elemente direkten Zwanges in der Wirtschaftspolitik die Tendenz zeigen, sich selbst zu verstärken, ist wenig überzeugend. Denn einmal ist diese Selbstverstärkungstendenz nicht unbegrenzt wirksam, und zum anderen besteht die Möglichkeit, Zwangselemente in der Wirtschaft, sobald es die Situation erlaubt, wieder abzubauen, wie die Geschichte der Wirtschaftspolitik der letzten 50 Jahre zeigt.⁹

Sozialistische Marktwirtschaft

15. Natürlich ist nicht jede gelenkte Marktwirtschaft eine sozialistische. Damit sie es ist, muß die Lenkung auf die sozialistischen Ziele ausgerichtet sein. Solche Ziele sind im wirtschaftlichen Bereich: 1. die Sicherung des Arbeitsplatzes (Vollbeschäftigung), 2. eine gerechte Einkommensverteilung, die auch den untersten Schichten ein ausreichendes Existenzminimum sichert und von den Einkommensunterschieden nur soviel übrig läßt, wie für die Aufrechterhaltung des Leistungsanreizes nötig ist. Dabei ist 3. zu beachten, daß die sozialistische Vollbeschäftigungs- und Einkommenspolitik mit dem möglichen Minimum an Zwang durchgeführt werden muß.

8 H. D. Ortlieb „Der Stand der Sozialisierungsdebatte in Deutschland“ a.a.O. S. 240.

9 H. D. Ortlieb a.a.O. S. 286.

Im Einzelfall -wird das Ausmaß der notwendigen Zwangsmittel in der Wirtschaftspolitik je nach der gegebenen Situation recht unterschiedlich sein. Es ist eine Binsenwahrheit, daß eine Wirtschaftslenkung um so weniger mit Zwangsmaßnahmen zu arbeiten braucht, je größer die Selbstdisziplin der Menschen auch im wirtschaftlichen Bereich ist. Das Vorhandensein einer solchen Selbstdisziplin setzt die Sicherung des Existenzminimums für jeden voraus, da, wie wir es nach dem Zusammenbruch erlebt haben, mit der Gefährdung der Existenz jede Selbstdisziplin verloren geht. Daher kann in einer sozialistischen Ordnung der staatliche Zwang um so geringer, die Freiheit des einzelnen um so größer sein, je höher der Lebensstandard des Volkes ist¹⁰. Fehlt die erforderliche Selbstdisziplin, so muß der Staat gegebenenfalls mit harten Zwangsmaßnahmen durchgreifen. Das ist nur möglich, wenn der staatsbürokratische Apparat ausreichende Automaten und Vertrauen besitzt. Es ist ein großer Irrtum zu glauben, man könne das Problem der Bürokratie dadurch lösen, daß man den Staat und seine Bürokratie schlecht macht, wo man nur kann. Tut man das, und trägt man nicht Sorge, daß fähige Kräfte in die Ämter einziehen, so darf man sich nicht wundern, wenn man in der Wirtschaftspolitik vor unlöslichen Aufgaben steht.

Inner- und überbetriebliches Mitbestimmungsrecht

16. Wenn heute von sozialistischer Seite das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerschaft gefordert wird, so steht das in enger Beziehung zum Wandel des sozialistischen Ordnungsbildes¹¹. Die innerbetriebliche Mitbestimmung soll ein Teil der Aufgabe übernehmen, die im klassisch-marxistischen Bilde dem Gemeineigentum zukam. Die überbetriebliche Mitbestimmung hängt eng mit dem planwirtschaftlichen Problem zusammen, insofern der Einfluß auf die Wirtschaftspolitik nach Auffassung des freiheitlichen Sozialismus identisch ist mit dem Einfluß auf eine planmäßige Gestaltung der Wirtschaftsordnung und des Wirtschaftsablaufs.

Ist das noch Sozialismus?

17. Es besteht kein Zweifel, daß sich das Ordnungsbild des freiheitlichen Sozialismus in mannigfaltiger Hinsicht vom marxistischen Bilde unterscheidet, und so mag man fragen, ob es denn überhaupt noch etwas mit Sozialismus zu tun habe. Man darf aber nicht übersehen, daß erstes Anliegen des Sozialismus nicht eine festgelegte Ordnung, sondern ein Leben in Freiheit und Gerechtigkeit ist. Diejenigen orthodoxen Marxisten, die das alte Ordnungsbild nicht aufgeben wollen, weil sie in ihm das Ziel des Sozialismus sehen, haben das Mittel mit dem Zweck verwechselt: denn jede Ordnung ist nur ein Mittel für einen höheren Zweck, und wenn eine Ordnung ihren Zweck nicht erfüllen kann, dann muß sie geändert werden. Überdies enthält auch das heutige Ordnungsbild eine ausgesprochen antikapitalistische Note. Zwar hat das Gemeineigentum an Bedeutung eingebüßt, bzw. seine Form geändert, aber die Lenkung von Produktion und Einkommensverteilung soll nach wie vor nicht einem Marktautomatismus überlassen werden, in dem die Besitzenden alle Vorteile und die Nichtbesitzenden alle Nachteile haben. Selbstverständlich haben sich damit die Unterschiede zu vielen nicht-sozialistischen Auffassungen in der Wirtschaftsordnungsfrage (z. B. der katholischen und der neoliberalen) gemindert. Aber das spricht für und nicht gegen die Wandlung des sozialistischen Ordnungsbildes. Es spricht für, nicht gegen den freiheitlichen Sozialismus. Leider haben die meisten Gegner des Sozialismus die Bedeutung dieser Wandlung heute noch immer nicht begriffen.

10 Vgl. dazu, was Schumpeter über die Einführung des sozialistischen Systems im Zustande der Reife und der Unreife sagt. Josef A. Schumpeter „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“, Bern 1946 S. 352 ff.

11 Vgl. dazu H. D. Ortlieb „Das Problem der Wirtschaftsdemokratie und seine Wandlung“. Gewerkschaftl. Monatshefte 1. Jg. H. 2 (Febr. 1950) S. 54 ff.